Bürgerinitiative B 189-4 - Stimme der Vernunft -/ BUND Sachsen-Anhalt/ "Bündnis B 189 / B 5 statt A 14"

Lüderitzer Weg 2
39517 Brunkau

Olvenstedter Str. 10
39108 Magdeburg

Memorandum

zur regional vorteilhaften verkehrlichen Erschließung der gesamten Altmark und deren bedarfsgerechte Einbindung in das vorhandene Bundesautobahnnetz

Wir fordern den bedarfsgerechten mehrspurigen Ausbau der vorhandenen Bundesstraßen in der Altmark weil nur so;

- und mit einem schlüssiges Gesamtkonzept, eine zeitnahe und schnelle Verbesserung der Verkehrssituation zu realisieren ist
- eine Durchschneidung der Landschaft vermieden und Flächen schonende ausreichend schnelle Ortsverbindungen für den Nah- und Fernverkehr geschaffen werden
- Kosten sparend, da nicht überdimensioniert gebaut werden kann (ca. 60% Finanzersparnis)
- hohe direkte und indirekte Nachfolgekosten gegenüber eines Autobahnneubaues vermieden werden.
- umweltverträglicher, für Mensch, Natur und Flächen sparender, der nahezu gleiche verkehrliche und wirtschaftliche Effekt erreicht wird

Dem stehen zur Zeit als Fakten gegenüber:

- Kostenexplosion des Projektes A14 von Magdeburg nach Schwerin von 685 Mio. € auf 1,28 Milliarden €
- Nichtfinanzierbarkeit des Projektes A14 mit der Folge, dass nur Teilstücke mit ungewissen Ausgang auf spätere Lückenschließung gebaut werden sollen (Soda-Autobahnabschnitte)
- Überholte Planungsvorgaben, die den tatsächlichen Gegebenheiten nicht entsprechen (Verkehrsaufkommen, fehlende Einbindung vorhandener Bundesstraßen in ein Gesamtkonzept)
- Jüngste Mauterhöhung, die zur verstärkten Autobahn-Flucht (eine A14 würde zu 90% parallel zur B189 verlaufen) führen und die Bürger in den betroffenen Gemeinde unerträglich belasten

Wir fragen nach der Sinnhaftigkeit einer Planung, die am Bedarf vorbei geht und ohne die kritische Beachtung der Finanzlage des Bundes, der betreffenden Bundesländer, und der EU auskommen will.
Wir fragen nach den Prioritäten bei der Bedarfsermittlung im Straßenbau im Bund und den Ländern (jüngste ADAC-Studie) und nach der Realisierung der längsüberfälligen Vorhaben die durch die A14 (Streichlisten) auf der Strecke bleiben.
Wir fragen nach den vor uns stehenden Herausforderungen hinsichtlich des Klimawandels und deren Antwort und handeln durch die Politiker und ihren Entscheidungsgremien.
Wir meinen und fordern die Politik auf, in weitsichtige Verantwortung zu gehen und das Projekt A 14 Nordverlängerung aus genannten vielfältigen Gründen zu den Akten zu legen und nicht das Jetzt und das Morgen mit Hypotheken zu belasten, deren Ausmaß nicht absehbar ist und die zukünftige Generationen negativ belasten werden.